

# Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 26. März 2011

## KOLUMNE

### Das Parlament in der Statistenrolle

Was haben der Euro-Rettungsschirm, die Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates und das dreimonatige Moratorium bei der Laufzeitenverlängerung der deutschen Atomkraftwerke miteinander zu tun?

Die Antwort ist so einfach wie für einen überzeugten Parlamentarier deprimierend: Die Regierung handelt ohne Mandat des Deutschen Bundestages, ja sie setzt sich über von den Koalitionsfraktionen selbst gesetzte Positionen bei der Euro-Rettung hinweg und sie beugt – zumindest nach Auffassung unzähliger Juristen – beim Atom-Moratorium schlicht geltendes Recht.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich gehöre zu den Unionspolitikern, die von der Laufzeitenverlängerung der deutschen Atomkraftwerke noch nie etwas gehalten haben. Für mich war und ist der Ausstieg aus der Atomenergie ein Gebot der ökologischen und ökonomischen Vernunft. Allerdings finde ich die Volte der Bundesregierung geradezu unglaublich, die jetzt der atomkritischen Stimmungslage im Volk dadurch Rechnung tragen will, dass sie geltende Gesetze einfach außer Kraft setzt, statt sich um eine saubere Korrekturgesetzgebung zu kümmern. Man darf schon heute gespannt sein, wann die ersten Energiekonzerne gegen die Stilllegungsverfügungen juristisch vorgehen, weil ihnen die gesetzliche Grundlage fehlt.

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle bezeichnete vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie die atomare Kehrtwende der Bundesregierung genau so, wie sie von der überwiegenden Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler auch wahrgenommen wird: als reine Wahltaktik! Man braucht kein Prophet zu sein, um am Sonntag eine bittere Niederlage für die Union wie für die FDP in Baden-Württemberg (und Rheinland-Pfalz) zu prognostizieren. Der populistische Aktionismus der Bundesregierung wird sich an der Wahlurne nicht auszahlen. Dafür hat sie geltendes Recht gebeugt, die eigenen Bundestagsfraktionen vor vollendete Tatsachen gestellt und dem Parlament als legislativem Verfassungsorgan insgesamt einen Bären dienst erwiesen.

Ein zumindest von der politischen Wirkung her ähnliches Schauspiel auf außenpolitischem Terrain: Da kämpfen seit Wochen die Menschen in Libyen gegen den Diktator Gaddafi, der den Protest mit seiner Luftwaffe militärisch niederschließen lässt. Und die Bundesregierung, vor allem der Bundesaußenminister,

vollführen einen Eiertanz, der in einem diplomatischen GAU endet: der Enthaltung im UN-Sicherheitsrat, als es um eine Flugverbotszone in Libyen geht, mit der Gaddafis Lufthoheit gebrochen werden soll. Seit an Seit mit so demokratischen Staaten wie Russland und



Oswald Metzger  
**Einspruch!**

China: Respekt, Herr Westerwelle! Wer so vor Landtagswahlen den pazifistischen „Ohne-mich-Standpunkt“ bedient und damit Lob von der Linkspartei (und von Gaddafi) einheimst, der verspielt nicht nur jede moralische Glaubwürdigkeit, sondern auch Deutschlands Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Der Deutsche Bundestag hätte die Regierung per Resolution längst zu einer entsprechenden internationalen Positionierung zwingen müssen. Doch leider zierte sich in dieser Frage ja nicht nur die Bundesregierung, sondern auch Sozialdemokraten und Grüne.

Die Krönung liefert die Bundesregierung aber mit der Zustimmung zum langfristigen Euro-Rettungsschirm, mit der sie wichtige Bedingungen der eigenen Regierungsfaktionen missachtet, die diese im Deutschen Bundestag beschlossen haben. Künftig wird Deutschland für die Schulden anderer Euro-Staaten haften. Die „No-Bailout-Klausel“ ist passé! Die Eurozone wird zur Transfer-Union. Der innerstaatliche Finanzausgleich mit seiner organisierten Verantwortungslosigkeit lässt grüßen. Die Zeche bezahlt der Bundeshaushalt – und damit der deutsche Steuerzahler – bereits ab 2013. In einer ersten Tranche werden knapp 12 Milliarden Euro fällig. Drei weitere Raten zu je drei Milliarden werden folgen. Die Bürgerschafts-Milliarden darüber hinaus sprengen jeden Rahmen. Und die Opposition? Sie wäre noch freigiebiger!

Die Regierung degradiert nicht nur die eigenen Abgeordneten im Deutschen Bundestag zu reinen Statisten. Sie schürt auch den Politikverdross im Land, der ohnehin so groß ist wie nie.